



Grün aus der Krise:

Baden-Württemberg zum ökologischen Industriestandort machen

Edith Sitzmann MdL

Wirtschaftspolitische Sprecherin

Franz Untersteller MdL

Energiepolitischer Sprecher und stell-
vertretender Fraktionsvorsitzender

Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis⁹⁰

Gliederung

- 1. EINLEITUNG: IN DER KRISE GESTALTEN STATT ABWARTEN**
- 2. ANALYSE: DIE ÖKONOMISCH-ÖKOLOGISCHE KRISE TREIBT BADEN-WÜRTTEMBERG IN DEN STRUKTURWANDEL**
 - a) Die Krisenlage in Baden-Württemberg
 - b) Ökonomische und ökologische Ursachen
 - c) Schlussfolgerung
- 3. DER WEG ZU GRÜNEN ARBEITSPLÄTZEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG**
 - a) Grünes Wirtschaften braucht Ordnungspolitik
 - b) Grünes Wirtschaften braucht Bildung und faire Chancen
 - c) Baden-Württembergische Kernbranchen begrünen
 - I. Automobil: Vom Autoland zum Mobilitäts-Hightech-Land
 - II. Maschinen bauen für das ressourceneffiziente Wirtschaften
 - III. Green IT
 - IV. Energie: Erneuerbare Energien als hochtechnologische Industrie
 - V. Technologie plus Dienstleistung: Energiesparen und Erneuerbare
 - d) Schlussfolgerung

Stand: August 2009



Edith Sitzmann



Franz Untersteller

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12

70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 2063 - 683

Fax 0711 / 2063 - 660

post@gruene.landtag-bw.de

1. EINLEITUNG: IN DER KRISE GESTALTEN STATT ABWARTEN

Aus dem zunächst Finanzmarktkrise genannten Umbruch ist eine handfeste Weltwirtschaftskrise geworden. Baden-Württemberg ist als exportorientiertes Industrieland massiv von dieser Krise betroffen – am stärksten im Vergleich der Bundesländer. Die baden-württembergische Wirtschaft befindet sich jetzt in einem harten Strukturwandel.

Wer jetzt ein ‚Weiter so‘ in der Wirtschaftspolitik für Baden-Württemberg verfolgt, gefährdet Arbeitsplätze und die Basis unseres zukünftigen Wohlstandes. Stattdessen müssen die Weichen für neue, zukunftsfähige Grüne Jobs gestellt werden. Dafür brauchen wir nicht weniger als eine dritte industrielle Revolution. Nur eine ökologische Wirtschaftsweise, die sich auf Energie- und Ressourcenknappheit und den Klimawandel einstellt, wird zukünftig auf dem Weltmarkt erfolgreich sein.

Industrie ist nicht alles. Auch in Baden-Württemberg wird das meiste Geld in Dienstleistungen umgesetzt. Der demographische Wandel wird Gesundheit und soziale Dienste zu noch wichtigeren Arbeitgebern machen. Mit der Ressourcenknappheit werden lokale Dienstleistungen, die weniger als die Industrie durch steigende Rohstoffkosten unter Druck kommen, zu einer wichtigeren Wertschöpfungsquelle.

Ohne den Nachfrageimpuls aus der Industrie – von den unternehmensnahen Dienstleistungen bis zum Einzelhandel – ist jedoch unser Dienstleistungssektor nicht vorstellbar. Zudem ist die Industrie-Perspektive das, was Baden-Württemberg in die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte am Besten einbringen kann. Daher konzentriert sich dieses Papier auf die Perspektive Industrie.

2. ANALYSE: DIE ÖKONOMISCH-ÖKOLOGISCHE KRISE TREIBT BADEN-WÜRTTEMBERG IN DEN STRUKTURWANDEL

a) Die Krisenlage in Baden-Württemberg

Die Wirtschaftsstruktur: Industriell, aber nicht nur Auto

Unsere beschäftigungsintensivsten Branchen sind laut Statistik das Gesundheitswesen, unternehmensnahe Dienstleistungen, der Maschinenbau und der Einzelhandel und die Fahrzeugherstellung. Kein anderes Bundesland und kaum eine Region in Westeuropa ist heute so stark von der Industrie geprägt wie Baden-Württemberg. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung betrug 2008 39,3% der (Deutschland 30,2%, StaLa).

Im industriellen Sektor fand ein Konzentrationsprozess statt. Unterhaltungselektronik und ‚Weiße Ware‘ wird bei uns kaum noch hergestellt. Von der Textilindustrie existieren nur noch Nischenhersteller. Unsere industriellen Kernkompetenzen sind an erster Stelle der Maschinenbau und an zweiter Stelle der Fahrzeugbau. Regional gibt es Cluster: Von den 44 Stadt- und Landkreisen haben fünf die Automobilindustrie zum wichtigsten Arbeitgeber, vier im Mittleren Neckarraum und einer in Mittelbaden. Der Maschinenbau ist in elf Landkreisen von Oberschwaben über die Alb, den Schwarzwald bis in den Mittleren Neckarraum und Hohenlohe der wichtigste Arbeitgeber. Im Rhein-Neckar-Kreis ist es die IT-Industrie, in Tuttlingen die Medizintechnik (alle Daten: 2005, StaLa).

Exportorientiert heißt aktuell: abwärts

Um 4% schrumpfte die deutsche Volkswirtschaft im ersten Quartal 2009 real gegenüber dem Vorjahr – die baden-württembergische um satte 10%. Baden-württembergische Unternehmen sind laut L-Bank zur Zeit die größten Nachfrager nach Finanzhilfen der KfW. Dem steht gegenüber, dass in den Boomjahren 2006 und 2007 das Wachstum im exportorientierten Baden-Württemberg weit über dem deutschen lag (5,1% zu 3,0% bzw. 3,2% zu 2,5%). Unsere Wertschöpfungsquelle exportorientierte Industrie bringt also große Schwankungen in guten wie in schlechten Zeiten und mehr Unsicherheit für Beschäftigte und Unternehmen.

Nirgendwo steigt die Arbeitslosigkeit schneller

5,2% betrug die offizielle Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg im Juli 2009 gegenüber 4,0% im Vorjahresmonat. Damit hat Baden-Württemberg den höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit aller Bundesländer – eine ungewohnte und schwierige Situation im Musterländle, auch wenn die Bundesquote mit 8,2% auf einem höheren Niveau liegt. Bei den Männern stieg die Arbeitslosigkeit entsprechend der besonders betroffenen Industrie-Arbeitsplätzen um 52,9%, bei den Frauen ‚nur‘ um 14,6%.

Kurzarbeiter gelten, egal ob ihnen aktuell 80% oder 0% ihrer Arbeitszeit geblieben ist, als Beschäftigte. Im März 2009 waren bundesweit 1,26 Mio. Beschäftigte in Kurzarbeit, davon 212.000, also 17% in Baden-Württemberg. Vorzeigeunternehmen wie Daimler und Bosch arbeiten seit Monaten kurz. Laut Regionaldirektion hätte die Arbeitslosigkeit ohne Kurzarbeit bei 6,5% gelegen.

Absehbar wird die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg im Laufe des Jahres weiter steigen. Die Krise hat auch wegen der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes von auf sechs auf 24 Monate auf dem Arbeitsmarkt noch nicht voll durchgeschlagen.

Die Krise ist jung

Besonders Junge leiden unter dem Wirtschaftseinbruch. Sie können tarifvertraglich und rechtlich meist einfacher und billiger entlassen werden als ältere Beschäftigte. Die gemeldete Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen nahm im Juni 2009 im Verhältnis zum Vorjahr um 64,4% auf 34.600 zu, die Quote beträgt jetzt 5,0%.

Bildungsmängel verschärfen die Lage

Baden-Württemberg hat als Industrieland traditionell den höchsten Anteil Un- und Angelernter an den Beschäftigten im Ländervergleich. Sie sind jetzt ganz besonders von Arbeitslosigkeit bedroht. Ob nach der Krise ihr Job im Lager eines Zulieferers oder beim Daimler am Band noch da ist, ist ungewiss. Ein Wechsel in eine gänzlich andere Tätigkeit, zum Beispiel bei den personennahen Dienstleistungen, fällt schwer.

b) Die Ursachen

ÖKONOMISCHE...

Über die Ursachen der Finanzmarktkrise herrscht politisch scheinbar Einigkeit: Es gibt zu wenig Regeln für die Finanzmärkte. Es war richtig, dass in Europa und in vielen weiteren Staaten manche Finanzprodukte verboten wurden und dass die EU-Staaten zaghafte Schritte zu einer koordinierten Finanzmarktaufsicht gehen. Der internationale Prozess einer neuen Ära von Transparenz und Regulierung der Finanzmärkte steht aber erst am Anfang.

Die Finanzwirtschaft hat sich gefährlich von der Realwirtschaft abgekoppelt. Das ist nicht nur ein Problem für Singapur, London oder Frankfurt:

Baden-Württemberg hat auch spekuliert

Stuttgarts Börse ist *der* Handelsplatz in Deutschland für Derivate. Und der spekulative Finanzmarkt hat sich tief in Handel und Gewerbe ausgebreitet. Aus dem Sportwagenbauer Porsche wurde ein Unternehmen mit Schwerpunkt Finanzhandel. Die Financial Times Deutschland bezeichnete Porsche als Hedgefonds. Die Schein-Gewinne aus der Spekulation mit VW-Aktien brachten nicht nur dem damaligen Vorstandsvorsitzenden immense Boni ein. Sie sind ein Teil der Finanzmarktblase, die Baden-Württemberg nicht-nachhaltiges Wachstum und Steuermehreinahmen brachte.

Neue Verhältnisse auf den Weltmärkten

Dass Baden-Württemberg tiefer in die Krise stürzt als gewohnt, liegt auch an einer anderen Machtverteilung auf den Weltmärkten: Nicht mehr nur die alten G7 Europa, USA und Japan, sondern die dynamischen Schwellenländer beeinflussen die Nachfrage in unseren Exportbranchen heute deutlich.

UND ÖKOLOGISCHE URSACHEN

Die Klimakrise und der rasante Verbrauch der fossilen Ressourcen ist eine der tieferen Ursachen der Wirtschaftskrise. Das Wachstum in den Industrie- sowie in den Schwellenländern hat zu einer steigenden Nachfrage nach Kohle, Öl und Gas und anderen Rohstoffen geführt. Die Rallys bei Kupfer oder Stahl-Schrott übertrafen alle Erwartungen. Der Ölpreis stieg im Juli 2008 auf über 140 US-Dollar pro Barrel. Selbst der Wirtschaftskrisen-Preis im Sommer 2009 von um die 60 Dollar ist im langfristigen Vergleich eher hoch. Die günstig zu fördernden Vorkommen schwinden. Die Zeit des billigen Öls ist endgültig vorbei. Eine Erkenntnis, die die baden-württembergische Autoindustrie und jeden Landespolitiker zutiefst aufrütteln müsste.

Klimawandel und Ressourcenverbrauch

Hinzu kommen die Anforderungen des Klimaschutzes: Der Klimawandel gefährdet, wie der Stern-Report 2006 bedrohlich aufgezeigt hat, unsere wirtschaftliche Prosperität. Der internationalen Verpflichtung auf das Zwei-Grad-Ziel, also die Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau, müssen auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen im November 2009 mehr Taten folgen. Die USA unter der Regierung Obama

wollen offenkundig erstmals umsteuern, und auch Schwellenländer werden sich wohl bereit erklären, härtere Klimaschutz-Regime einzuführen.

Weniger Ressourcen verbrauchen und CO₂ einsparen: Das sind harte Rahmenbedingung der baden-württembergischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt.

... ERGEBEN MANGELNDE NACHHALTIGKEIT

In der Zusammenschau der ökonomischen und ökologischen Ursachen der Wirtschaftskrise zeigen sich Parallelen:

Mangel an Ordnungspolitik: Erst durch Regeln des Staates, beispielsweise gegen Kartellbildung, entstehen funktionierende Märkte. Der Finanzmarkt braucht genauso bessere staatliche Regeln wie solche Wirtschaftszweige, bei der der Verbrauch fossiler Ressourcen ein wesentlicher Faktor darstellt.

Bei den Regeln für die durch den Verbrauch fossiler Ressourcen entstehen Emissionen sind wir noch längst nicht weit genug. Für die Automobilindustrie wurde ein schnelles Umsteuern durch strenge Verbrauchsgrenzen in der EU für neu zugelassene Fahrzeuge verpasst und unter dem Druck der schwarz-roten Bundesregierung und dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten auf 2015 verschoben. Ein Tempolimit von 120 km/h würde nicht nur sofort 3 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen, sondern wäre auch ein wichtiges Signal an die Automobilindustrie für kleinere Motoren in der ganzen Fahrzeugflotte

Zentral ist der CO₂-Zertifikatehandel: Es werden noch zu viele Zertifikate an die Industrie verschenkt statt versteigert und große Emittenden-Gruppen wie der Verkehr ausgelassen. Ein weltweiter Zertifikatehandel steht noch nicht am Horizont.

Mangel an nachhaltiger Orientierung: Kurzfristiges Denken und Handeln und überzogene Gewinn- und Renditeerwartungen haben zu Schein-Geschäften mit Schein-Gewinnen und zu einer Konsumblase geführt. Diese Blase ist jetzt geplatzt.

Exemplarisch zeigt sich das kurzfristige Denken beim Thema Managergehälter und Bonuszahlungen, zu dem es im Land beredte Beispiele gibt. Aber nicht der einzelne Manager und sein Gehalt in Euro ist das Problem. In vielen Unternehmen ist ein Begriff von wirtschaftlichem Erfolg implementiert, beispielsweise in den Gehaltsstrukturen, der die langfristige Perspektive auslässt. So wurden die Schein-Gewinne belohnt und befördert.

c) Schlussfolgerung

Als einer der letzten großen Industrieregionen Mitteleuropas mit einem Automobil-Schwerpunkt treffen Baden-Württemberg die Ressourcenknappheit und die steigende Energiepreise ganz besonders.

Darum bringt Finanzmarktregulierung allein den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nicht in Ordnung. Wir müssen auf klimagerechtere Produkte umsteuern. Als Rahmenbedingung brauchen wir eine klare und harte Klimapolitik auf allen politischen Ebenen und Nachhaltigkeit als Leitplanke des Handelns in der Politik wie in der Wirtschaft. Baden-Württemberg muss zur Region des grünen Wirtschaftens werden!

2. DER WEG ZU GRÜNEN ARBEITSPLÄTZEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

a) Grünes Wirtschaften braucht Ordnungspolitik

Die starke Verteuerung der Kapitalkosten unserer Unternehmen durch die Finanzkrise rechtfertigt, dass ‚Überwinterungshilfen‘ für Unternehmen durch Bürgschaften grundsätzlich möglich sein sollen. Jede staatliche Bürgschaft ist jedoch ein Eingriff in den Markt, der ein Unternehmen durch die Verbilligung seiner Finanzierungskosten bevorteilt und dadurch andere Marktteilnehmer benachteiligt. Eine ‚Viel hilft viel‘-Politik führt nicht zum nachhaltigen Erhalt von Arbeitsplätzen.

Staatshilfen nur in einem engen Rahmen

Daher sind staatliche Bürgschaften für uns nur in Einzelfällen und als Ultima Ratio möglich. Dazu braucht das Unternehmen eine Perspektive, die auch vor dem Hintergrund des ökologischen Strukturwandels Bestand hat. Die von CDU, FDP und SPD im Landtag beschlossene drastische Erhöhung des Bürgschaftsrahmens auf 1,2 Mrd. € für 2009 halten wir für das falsche Signal.

Die grüne Landtagsfraktion hat gegen den Landesanteil der Bund-Länder-Bürgschaft für Heidelberger Druck gestimmt, da hier die Bundesregierung eine Bürgschaft der Steuerzahler auf den Weg gebracht hat, ohne das Engagement der Hausbanken auszureizen. Der Markteingriff ist erheblich und geht zu Lasten von deutschen Wettbewerbern. Staatshilfen für Porsche hat die grüne Landtagsfraktion stets abgelehnt. Warum die SPD-Landtagsfraktion sich mit Vehemenz für eine Verlängerung des Porsche-Piech-Familienzwistes und Finanzjonglirens mit Staatsgeld eingesetzt hat, der schweren Schaden am Wirtschaftsstandort Deutschland und dem Image von Porsche anrichtet hat, bleibt ein Rätsel.

Auch neue milliardenschwere Staatsbeteiligungen an Unternehmen, wie die Landtags-SPD es mit ihrem Mittelstandsfonds vorsieht, lehnen wir ab. Stattdessen ist es wichtiger denn je, Markt, Staat und Bürgergesellschaft neu auszutarieren.

Öffentliche Haushalte stabilisieren

Wer wie FDP und Union angesichts einbrechender Staatseinnahmen und frisch beschlossener Mehrausgaben zur Rettung von Banken und Konjunktur Steuersenkungen verspricht, macht keine nachhaltige Politik. Auch bei den Steuern muss die Ordnungspolitik Richtschnur sein: Keine Bevorzugung einzelner Branchen durch Mehrwertsteuersenkungen.

b) Grünes Wirtschaften braucht Bildung und faire Chancen

In Köpfe zu investieren bleibt nach unserer grünen Überzeugung gerade in Zeiten der Krise die wirtschaftspolitische Kernaufgabe der baden-württembergischen Landespolitik. Wir brauchen gut ausgebildete, kluge und kreative Menschen. Mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen, mehr Bildungsbeteiligung und mehr Bildungsqualität sind die richtigen Ziele für die Landespolitik.

Baden-Württemberg steht vor besonderen Herausforderungen:

- Es gibt weniger Arbeitsplätze für Geringqualifizierte: Während der Anteil der sog. „Einfacharbeitsplätze“ im Jahr 1978 noch knapp 30% betrug, waren es im Jahr 2001 nur noch 14,8%, im Jahr 2015 werden es vermutlich nur noch 12,5% sein.
- Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Ihr berufliches Ausbildungsniveau liegt in Baden-Württemberg weit hinter dem der Nicht-Migranten.
- Auch Baden-Württemberg altert: Es gibt immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter. Nach einer Studie der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg droht dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 ein massiver Fachkräftemangel. Mehr als 550.000 qualifizierte Arbeitskräfte werden fehlen.

Auszubildende vor der Krise schützen

Die Grüne Landtagsfraktion zeigt mit ihrer Bildungspolitik auf, wie die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen verbessert werden kann. Wir wollen die Ausbildungsreife von Jugendlichen fördern gefördert und die berufliche Bildung modular und flexibel sowohl den Begabungen der Jugendlichen als auch den Anforderungen des Marktes anpassen. Mit unserem Konzept der Trialen Ausbildung schaffen wir auch in Krisenzeiten für Unternehmen die Möglichkeit, bei den Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen.

Viele ausgelernte Lehrlinge stehen vor einem Loch: Sie werden von Betrieben mit knappen Kassen trotz früherer Zusagen oft nicht übernommen, da in diesem Fall keine Abfindung fällig wird. Die Bundesagentur für Arbeit hilft hier jedoch nicht weiter, sondern nur bei den sog. Insolvenzlehrlingen.

- Um die Auswirkungen der Krise für zu dämpfen, muss das Land an den beruflichen Schulen schnell mehr Kapazitäten für vollzeitschulischen Aufstiegsqualifizierung zum Beispiel an Meister- und Technikerschulen, technischen und Wirtschaftsoberschulen schaffen.
- Damit Jugendliche trotz Krise die Chance auf Übernahme haben, sollte zwischen Kammern, Unternehmen und Gewerkschaften Teilzeitarbeitsmodelle oder Kurzarbeitsmodelle entwickelt werden.

Weiterbildungsoffensive starten

Zahlreiche Qualifizierungsprogramme vom ambitionierten Weiterbildungstarifvertrag in der baden-württembergischen Metallbranche bis zu den ESF-finanzierten Programmen der Landesregierung konnten bisher nichts daran ändern, dass sich vor allem die schon Gebildeten weiterbilden.

Die ständigen Kürzungen im Weiterbildungsetat und beim zweiten Bildungsweg auf Landesebene sind falsch. Der zweite Bildungsweg ermöglicht Menschen, oft mit Migrationshintergrund, durch ihren eigenen großen Bildungseinsatz eine bessere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem erkennen Land und Bund viel zu wenige der im Ausland erworbe-

nen beruflichen Abschlüsse und Hochschulabschlüsse an. So verschwenden wir viel Potenzial und blockieren Chancen am Arbeitsmarkt. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, damit fehlende Module in der Qualifizierung auch einzeln nachgeholt werden können. Die Regeln für die Anerkennung von Qualifikation aus der EU müssen zumindest auch auf Drittstaaten angewendet werden..

Passgenaue berufliche Weiterbildungsangebote müssen Frauen und Männern den Wiedereinstieg nach der Familienpause so leicht wie möglich machen. Hier leisten die Kontaktstellen Frau und Beruf einen wichtigen Beitrag. Wir brauchen darüber hinaus eine breite Beratunginfrastruktur für Weiterbildungsfragen, die für alle zugänglich ist.

Arbeit und Qualifizierung verbinden

Stuttgart ist zur Hauptstadt der Kurzarbeit geworden. Weiterbildung während der Kurzarbeit gibt es bisher nur wenig: Laut Bundesagentur wurden bis Ende Juni gerade einmal für 4600 Kurzarbeitende in Baden-Württemberg Förderanträge auf Weiterbildung gestellt. Hier müssen die Unternehmen ihre Qualifizierungsanstrengungen dringend erhöhen.

Fatal ist, dass die schwarz-rote Bundesregierung die Anreize zur Qualifizierung während der Kurzarbeit reduziert hat. Die vollständige Befreiung der Betriebe von den Sozialversicherungsbeiträgen war bisher an die Bedingung geknüpft, dass die Betriebe ihre kurzarbeitenden Arbeitnehmer qualifizieren und weiterbilden. Diese Bedingung entfällt in Zukunft ab dem 7. Monat Kurzarbeitergeld.

Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg wird leider steigen. Entscheidende Weichenstellungen in der Arbeitsmarktpolitik müssen deshalb auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden, unter anderem:

- Wir brauchen ein Progressivmodell bei den Lohnnebenkosten. Erst ab einem Einkommen von 2.000 € brutto sollen nach Vorschlag der Grünen die Lohnnebenkosten in voller Höhe abgeführt werden müssen. Dies entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Arbeitsplätze im unteren Einkommenssegment können so gesichert bzw. neu geschaffen werden.
- Die Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Bezieher/innen müssen verbessert werden. Denn Ziel muss sein, möglichst viele Menschen im Arbeitsmarkt zu halten, Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen und Beschäftigung zu ermöglichen.
- Dass die schwarz-rote Bundesregierung es nicht vermocht hat, die Trägerschaft der Jobcenter zu klären, hat gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit fatale Konsequenzen. Die Grüne Landtagsfraktion hat sich für mehr kommunale Kompetenzen stark gemacht. Wir brauchen alle Hilfen aus einer Hand und eine individuelle und regionale Arbeitsmarktpolitik.

c) Baden-württembergische Kernbranchen begrünen

„(We need) an investment in a green future. An investment that fights climate change, creates millions of green jobs and spurs green growth. We need a Green New Deal.“ Diesen Appell richtete UN-Generalsekretär Ban Ki Moon im Dezember 2008 auf der Klimakonferenz in Posen an die Welt. In den USA, Südkorea und Japan wurde dies im Rahmen der jeweiligen Konjunkturprogramme intensiv aufgegriffen. Die Regierung Obama scheint gewillt, mit einer großen Kraftanstrengung ihren Rückstand bei energie- und ressourcensparenden Technologien aufzuholen.

Aus der Krise werden uns solche Investitionen in die Wirtschaftsstruktur bringen, die wir auch nach der Krise brauchen: Dann können unsere Unternehmen Produkte, Technologien und Dienstleistungen exportieren, die weltweit das Klima schonen. Denn für energie- und ressourcensparende und klimaschonende Produkte, Technologien und Dienstleistungen gibt es weltweit ungesättigte Märkte.

I. Automobil: Vom Autoland zum Mobilitäts-HighTech-Land

Erfolgsverwöhnt und am Rande ihrer Existenz zugleich ist die frühere Globalisierungsgewinnerin Automobilindustrie. Allein von 1998 bis 2007 stieg die globale PKW-Produktion um rund 40% (laut OICA). Der Umsatz der deutschen Automobilindustrie hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Die Branche hat diese Wachstumszahlen fortgeschrieben und Überkapazitäten aufgebaut. Wer die Klimakrise am meisten ignoriert hat, ist jetzt besonders schlecht dran. Exemplarisch dafür steht der einstmals größte Autohersteller der Welt General Motors.

Ziel: Ökologisches Premium

Auf die baden-württembergischen Autohersteller und Zulieferer kommen große Aufgaben im Strukturwandel zu. Denn ihr bisheriges Rezept, dass sich nur mit großen Premium-Wagen ein ausreichende Wertschöpfung erzielen lässt, ist nicht mehr einlösbar. Das ökologische Premium muss Entwicklungsziel der baden-württembergischen Automobilindustrie werden.

Für unsere **Hersteller** heißt das:

- Klein, leicht und effizient müssen baden-württembergische Autos in Zukunft sein, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Darauf müssen sich alle unternehmerischen Entscheidungen von der Forschung bis zum Marketing ausrichten.
- Neue Trends wie der Hybrid wurden verpasst. Nun muss die Entwicklung neuer Antriebe in Richtung Elektromobilität schnell vorangetrieben werden.
- Mobilitätsdienstleistungen statt bloß Autos verkaufen: Mit dem Projekt Car2Go versucht Daimler nachzuholen, was es bei der Einführung des Smart erst angedacht und dann abgesagt hat verpasst hatte: Als Mobilitätsdienstleister eine neue Wertschöpfungskette aufzubauen. Zugleich steckt in intelligenten Carsharing-Projekten, Software für vernetzte Mobilität u.ä. ein Exportpotenzial für die verstopften Metropolen dieser Welt.

Die **Zulieferer** stehen vielleicht vor noch größeren Herausforderungen. Aktuell erleben viele, wie die Abhängigkeit zum Beispiel von einem Auftrag von Daimler oder rechtzeitigem Zahlungseingang ihre Existenz bedroht. Strukturell wird der Umbruch bei ihnen vermutlich sogar größer sein: Mit dem Trend weg vom ölbasierten Otto- und Dieselmotor – 1 Mio. Elektroautos bis 2020 hat sich die jetzige Bundesregierung als Ziel gesetzt - entfallen ganze Komponenten wie Auspuffe, Filteranlage oder Einspritzdüsen, die baden-württembergische Unternehmen heute herstellen.

- Auch die Zulieferer müssen ihre Entwicklungen auf klein, leicht und effizient ausrichten. Ebenso müssen sie in neue Antriebstechnologien investieren.
- Unsere Automobilzulieferer sollten nicht mehr nur Automobilzulieferer sein: Diversifizierung reduziert die Abhängigkeit vom Auto. Neben der Medizintechnik bietet sich der Zukunftsmarkt Erneuerbare Energien mit technologischen Schnittstellen, bei der Metallverarbeitung, beispielsweise zur Windkraft, besonders an. So hat Bosch sich binnen kurzer Zeit einen großen Geschäftsbereich mit Photovoltaik, Solarthermie und Windkraft zugelegt.
- Mit der Landespolitik gemeinsam sollten die Unternehmen im Land dazu beitragen, dass die Region Stuttgart zu dem FuE-Standort und zur Modellregion für Batterieforschung und den Elektroantrieb werden. Die Praxisversuche von Daimler in Berlin sollten im Ländle stattfinden. Mit dem DLR am Standort Stuttgart und den ZSW in Ulm sowie zahlreichen Hochschulen im Land bietet Baden-Württemberg Potenzial für dieses wichtige Kompetenzfeld, das bisher vor allem im Ausland stattfindet. Und auch jenseits des Autos ist Energiespeicherung ein wichtiges Technologiefeld.

II. Maschinen bauen für das ressourceneffiziente Wirtschaften

Der baden-württembergische Maschinenbau kannte bis jetzt beinahe nur den Weg nach oben und ist nun von der Wirtschaftskrise hart getroffen. Wie es nach der Krise weiter geht, hängt von der Innovationsfähigkeit und der Innovationsrichtung unserer Unternehmen ab.

In Zukunft braucht der Weltmarkt Maschinen, die energie- und ressourceneffiziente Güter produzieren. Dies hat auch der Verband der Ingenieure (VDI) erkannt und eigens ein Kompetenzzentrum für Effizienztechnologien gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium gegründet. VDI-Präsident Bruno O. Braun sagte am 13. Juli 2009 laut dpa, der Exportweltmeister in der Umwelttechnik müsse seine gute Position in den relevanten Technologien ausbauen, *«denn bis 2020 wird sich der weltweite Umsatz bei Umwelttechnologien verdoppeln. Deutschland muss zum Leitmarkt für Ressourceneffizienz werden.»*

Mit baden-württembergischen Maschinen zum sparsamen, ressourceneffizienten Wirtschaften: Dieser Mehrwert kann in Zukunft helfen, unsere hochpreisigen und hochqualitativen Maschinen am Markt zu platzieren.

Materialeffizienz ist natürlich auch im Inland ein wichtiger Faktor: Das Landeswirtschaftsministerium schätzt das volkswirtschaftliche Einsparpotenzial deutschlandweit auf 100 Mrd. € jährlich (Drs. 14/4480). Beim aktuellen ‚Impulsprogramm Materialeffizienz‘ des Bundeswirt-

schaftsministeriums haben die teilnehmenden Unternehmen ihre Umsatzrendite um durchschnittlich 2,5% steigern können.

- Ressourceneffizienz für den Maschinenbau und seine Kunden ist ein Thema für ganz Baden-Württemberg. Alle IHKen im Land sollten die Initiative der IHK Südlicher Oberrhein, das Unternehmensnetzwerk ‚Material- und Energieeffizienz‘ MESOR, auf ihrem Gebiete adaptieren
- In der Forschungs- und Technologietransferpolitik des Landes sollten die Schnittstellen von Maschinenbau und ressourcensparenden Nanotechnologien gefördert werden. Eine Risikobewertung der jeweils eingesetzten Nanomaterialien, gegebenenfalls ergänzt um ein Monitoring, falls das Risikopotenzial unklar ist, ist dabei unverzichtbar.
- Ressourcenwirtschaft ist eine globale Frage, schließlich beziehen wir praktisch alle unsere Rohstoffe aus dem Ausland. So werden beispielsweise 83% des weltweiten Zinns in China, Indonesien und Peru gefördert (Öko-Institut, Ressourcenfieber, 2007) – es fragt sich unter welchen Bedingungen. Globale Umwelt- und Sozialstandards bei der Gewinnung von Rohstoffen müssen ein Thema der baden-württembergischen Außenwirtschaftspolitik werden.

III. Green IT

Weltweit beträgt der CO₂-Ausstoß der IT-Industrie inzwischen in etwa soviel wie der des Flugverkehrs. Und jedes Jahr wird es mehr. Für einen wirkungsvollen Klimaschutz ist Energiesparen im IT-Bereich unverzichtbar.

Umgekehrt ist es auch für die nachhaltige Entwicklung der Branche wichtig, dass sie klimaschonender wirtschaftet. Green IT ist spätestens seit dem entsprechenden CeBit-Schwerpunkt 2008 zu einem Kernbegriff geworden. Und der Erfolg der Netbooks zeigt, dass bei den Privatkunden der immer währende ‚höher, schneller, weiter‘-Trend gebrochen ist: Es gibt einen Markt für effiziente Rechner mit weniger Leistung.

In Baden-Württemberg arbeiteten 2006 knapp 95 000 Menschen in der IT-Branche. 8300 Unternehmen erwirtschafteten einen Umsatz von 21 Mrd. Euro (StaLa). Hardware-Produktion gibt es bei uns im Land nicht mehr. Aber unsere heimischen Softwareentwickler haben Einfluss auf die Entwicklung der Hardware. Sie sollen den Weg der Effizienz und an dieser Entwicklung mitwirken.

Das Land soll durch ein beispielhaftes Verhalten der eigenen Verwaltung in der Beschaffung und der Betreuung seiner Rechenzentren im Bezug auf Energieeffizienz den Weg aufzeigen.

- Ökologische und effizientere Rechenzentren des Landes sind nötig und möglich. Durch eine verbesserte Auslastung der Serverkapazitäten und bessere Serverkühlung (z.B. Außenluftkühlung, Abwärmenutzung) lässt sich einfach Strom sparen.
- In der Beschaffung von Rechnern sind höhere ökologische Standards auch im Bezug auf Herstellung und Entsorgung zu setzen.

- Ein europaweites verpflichtendes Labeling von IT-Produkten mit guter Energiebilanz führt zu Transparenz für die Verbraucher. Dies kann sich an den Labels für Haushaltsgeräte orientieren. Der „Energy Star“, eine von den USA übernommene freiwillige Auszeichnung energieeffizienter Hardware, ist nicht ausreichend unterliegt keinerlei Kontrollen.

IV. Energie: Erneuerbare Energien als hochtechnologische Industrie

Die rasanten Entwicklungen bei den Erneuerbaren Energien fangen jetzt erst an. Schon heute hat die Branche einen Arbeitsplatzeffekt von 280.000 Beschäftigten (BMU 2009). Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien können laut einer EU-Studie bis 2020 europaweit 1,4 Mio. Neue Jobs geschaffen werden (EU-Kommission, Juni 2009) – offen ist, wo sie entstehen werden.

Enormes Arbeitsplatzpotenzial

Auch in Baden-Württemberg sind Sonne, Wind, Wasser und Biomasse Jobmotor, von den Windanlagen von Liebherr über die Module von Sunways bis zu den Wasserturbinen von Voith und vielen Zulieferern und Dienstleistern.

Laut Wirtschaftsministerium sind bei uns 110 Unternehmen im engeren Sinn und 250 Unternehmen inklusive Zulieferern in der Windkraft tätig. Für Baden-Württemberg sind das heute 4300 von bundesweit laut Branche 90.000 Arbeitsplätzen (BMU: 85.000) – kein großes Stück vom Kuchen für ein Land der Ingenieure und Metaller. Das Marktforschungsinstitut Trend-Research sieht ein Potenzial von 20.000 Windarbeitskräften in Baden-Württemberg bis 2020.

Die Photovoltaik-Branche entwickelt sich nach einer Branchenüberhitzung im letzten Jahr weltweit trotz Wirtschaftskrise nach oben. Besonders China investiert erheblich, um auf dem Weltmarkt künftig gut vertreten zu sein. In Baden-Württemberg lag der Umsatz der Photovoltaik-Branche 2008 laut Wirtschaftsministerium und LBBW bei rund 3,4 Mrd. € (Drs. 14/4483). Bis zum Jahr 2012 rechnet das Wirtschaftsministerium mit einer Steigerung auf 5,5 Mrd. €. Die Beschäftigung durch Photovoltaik im Land beläuft sich mittlerweile auf rund 10.000 Arbeitsplätze. Daran hat das Handwerk mit über einem Drittel den größten Anteil.

Entwicklungskosten auf den Weltmarkt umlegen

Die Freunde der Atomkraft versuchen aktuell, die Arbeitsplatzintensität der Erneuerbaren Energien gegen diese zu verwenden: Eben deswegen seien Erneuerbare Energien zu teuer. Dieses Argument entspringt kurzfristigem Denken. Sowohl die Kosten der einst staatlich gebauten Atommeiler wie die der unabschätzbaren zukünftigen Kosten tausender Jahre für die Entsorgung des Atommülls werden verschwiegen; ebenso die Kosten von steigenden Ressourcenpreisen und Folgekosten der CO₂-Emissionen bei den fossilen Kraftwerken.

Die Erneuerbaren Energien bieten uns die Chance, die Kosten für die Entwicklung der Technologien, die wir selber brauchen, auf den Weltmarkt umzulegen, so lange wir technologisch die Nase vorn haben: Denn nicht die Herstellung von Photovoltaik-Modulen in Freiburg oder Windrad-Komponenten in Biberach wird durch das EEG monetär gefördert, sondern nur die heimische Stromeinspeisung.

Den Rahmen für die Erneuerbaren immer wieder justieren

Der Staat muss die Rahmenbedingungen, unter denen sich die Erneuerbaren Energien erfolgreich weiterentwickeln werden, immer wieder anpassen. Nur so können wir die gute deutsche Stellung auf dem Weltmarkt behaupten. Diese Technologien werden schon heute und erst recht zukünftig überall auf der Welt gebraucht.

- Ohne Heimatmarkt keine Arbeitsplätze: Ein attraktiver Heimatmarkt ist für Unternehmen ein starker Anreiz, Arbeitsplätze hier und nicht irgendwo auf der Welt zu schaffen. Die CDU-FDP-Landesregierung muss ihre Behinderung der Windkraft einstellen. Die angekündigten kleinen Erleichterungen beim Repowering von Windkraftanlagen reichen nicht aus. Um die Windkraft wirklich wachsen zu lassen, brauchen wir eine Abkehr von der Schwarz-Weiß-Planung im Landesplanungsgesetz und eine Überarbeitung der Regionalpläne.

- Für Clusterpolitik wurde ein ganzes Referat im Wirtschaftsministerium neu geschaffen – und wo bleibt ist die Clusterpolitik des Landes für Erneuerbare Energien? Der im Juli 2009 vom Wirtschaftsministerium vorgelegte Cluster-Bericht bleibt an diesem Punkt mehr als dürftig. Energiewirtschaft besteht dort vor allem aus EnBW und Alstom. Die Windkraft existiert genauso wenig wie die Mehrheit der einschlägigen Forschungsinstitute im Land.

Dabei ist unsere Forschungslandschaft für Erneuerbare Energien mit den Fraunhofer ISE und ISI, dem Öko-Institut, dem ifeu, dem Forschungszentrum Karlsruhe (KIT), dem ZSW und dem DLR deutschlandweit einmalig. Die Landesregierung nimmt dies hin, entwickelt aber nichts weiter und schafft keine Vernetzung – denn wo nicht Biotechnologie oder allerhöchstens Brennstoffzelle drauf steht, findet bei CDU und FDP seit Jahren keine nennenswerte Aufmerksamkeit. Das muss sich ändern.

- Energiespeicherung in jeder Form ist ein brennendes Forschungs- und Entwicklungsthema: Vom Speicher bei solarthermischen Großkraftwerken, an denen in Stuttgart beim DLR geforscht wird, über das Elektroauto bis hin zu immer besseren mobilen Kommunikationsgeräten. Für Baden-Württemberg ist es dabei wichtig, den Entwicklungsrückstand bei den Elektroautos schnell aufzuholen und zu *dem* deutschen Standort für Batterieforschung und Elektromobilität zu werden. (siehe Automobil).
- Bundesweit müssen die energiepolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört ein EEG, das immer auf der Höhe der Zeit ist, ein bundesweites Erneuerbares Wärmegesetz für den Gebäudebestand und eine Pflicht zur Kraft-Wärme-Kopplung für die Energieversorger.

Und wir brauchen die Fortsetzung des Atomausstiegs, damit subventioniert billig hergestellter und teuer verkaufter Atomstrom nicht den Markt für die Erneuerbaren blockiert.

V. Technologie plus Dienstleistung: Energiesparen und Erneuerbare

Die Energiewende bringt ökonomisch nicht nur technologisches Know How und produzierende Unternehmen, sondern auch neue Dienstleistungen hervor. Am deutlichsten wird dies an der rapide wachsenden **Energieberatung**. Für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen, für Kommunen entstehen ausdifferenzierte Dienstleistungen von der Analyse des Energieverbrauchs über besseres Energiemanagement und Messtechnik bis hin zu Contracting mit Energielieferverträgen. Ingenieure und Handwerk kommen auf diesem weiten Feld zusammen

Das **Handwerk** profitiert seit einigen Jahren davon, dass durch steigende Energiepreise, Förderprogramme und langjähriges grünes Argumentieren die energetische Gebäudesanierung und den dezentraler Erneuerbaren Energien wie der häuslichen Solarthermie ein hervorragender Markt entstanden ist.

Auch das Berufsbild der **Architekten** verändert sich in der Grünen Wirtschaft. ‚Das Bestehende verbessern‘ statt Neues zu bauen rückt in den Vordergrund. Auch Architekten haben hohen Fortbildungsbedarf, um Wohn- und Bürogebäude nicht nur als Räume, sondern z.B. als energieautarke Einheiten zu konzipieren.

- Das Land muss Sanierungsvorbild sein. Mit jahrlangem Druck der grünen Landtagsfraktion hat Schwarz-Gelb zwar mehr Mittel vorgesehen, um die energetisch oft katastrophalen Landesgebäude zu sanieren. Der Fortschritt bleibt jedoch eine Schnecke: 20 Mitarbeiter der Hochbauverwaltung im Energiemanagement kommen auf 8900 Landesliegenschaften. Die verwaltungsinterne Blockade gegen Contracting muss aufhören.
- Das Handwerk muss sich weiterentwickeln. Die Innungen müssen noch stärker in die Weiterbildung gehen. Eine scharfe Trennung der Handwerksberufe wird immer hinderlicher, stattdessen muss gewerkeübergreifendes Arbeiten leichter werden.
- Neue und alte Berufssparten, Handwerk, Architekten, Stadtplaner und Berater brauchen eine neue Zusammenarbeit. Die Landespolitik kann der Wirtschaft diesen Prozess nicht abnehmen, aber den ‚Kick off‘ leisten.

c) Schlussfolgerung

Grün aus der Krise: Baden-Württemberg steht vor einem erheblichen Strukturwandel. Wir haben aber zugleich das Potenzial, der ökologische Industriestandort in Europa zu werden, wenn Politik und Wirtschaft ihr Leitbild ökologisch ausrichten und die Politik die richtigen Rahmendingungen setzt.

Damit wird der Strukturwandel zur Chance, um mit Grünen Jobs dauerhafte Wertschöpfung in Baden-Württemberg zu schaffen und zugleich mit guten Ideen global der Ressourcenknappheit vorzubeugen und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.